

Antwort SPD - Wahlprüfsteine 2009

I. Kulturförderung und kulturelle Bildung

1. Eine SPD-geführte Landesregierung wird der Kultur in Thüringen ein verlässlicher Partner sein. Im Zentrum sozialdemokratischer Kulturpolitik steht dabei die langfristige Absicherung der vielgestaltigen und vielschichtigen kulturellen Angebote in Thüringen. Hier ist für uns der Abschluss von über die jeweilige Haushaltsperiode hinaus reichenden Zuwendungsvereinbarungen eine Handlungsoption, um die kulturelle Arbeit der Vereine in Thüringen sicher zu stellen.

Wir werden deshalb neben der bisherigen institutionellen Förderung und der Projektförderung das Angebot einer drei- bis fünfjährigen Konzeptionsförderung einführen, die es den kulturellen Vereinen erlaubt, nicht allein in fest definierten jährlich fixierten Projekten zu arbeiten, sondern über einen längeren Zeitraum eine kontinuierliche Arbeit innerhalb einer definierten Konzeption entwickeln zu können. Ein zentraler Aspekt unserer Kulturpolitik ist es dabei, alle Akteure der Kultur einzubeziehen. Hier sehen wir auch die Ständige Konferenz der kulturellen Fachverbände als einen wichtigen Ansprechpartner.

Der beste Kulturpakt ist für uns Sozialdemokraten ein fundierter Kulturentwicklungsplan für den Freistaat Thüringen, der alle Bereiche der Kultur erfasst, die Verpflichtung des Landes zur Förderung der dort konzipierten Kulturlandschaft enthält und als Ergebnis eines breiten öffentlichen Dialoges dann auch haushaltsrechtlich wirksam ist. Darum wird eine SPD-geführte Landesregierung unmittelbar nach der Wahl den Prozess zur Formulierung eines Kulturentwicklungsplanes für den Freistaat Thüringen initiieren.

Wir Sozialdemokraten wissen, dass die Künstlerinnen und Künstler in Thüringen ihre wirtschaftliche Existenz mit ihrem Werkschaffen bestreiten. Sie agieren damit auch im privaten Sektor, der Kulturwirtschaft. Eine SPD-geführte Regierung wird daher unverzüglich einen Kulturwirtschaftsbericht in Auftrag geben, der die Kulturwirtschaft in Thüringen mit einem Fokus auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Vielzahl von Künstlern und kreativen Kleinunternehmen untersucht und Abhängigkeiten zwischen staatlicher Kulturförderung und Kulturwirtschaft darstellt. Die Erkenntnisse daraus werden wir in die Kulturpolitik einbeziehen, um die Lebenssituation und die Entwicklungspotenziale der Künstler und Kreativen in Thüringen zu verbessern und zugleich die Kulturwirtschaft in Thüringen als einen zukunftsfähigen Wirtschaftsbereich zu stärken.

2. Das von der CDU-Landesregierung immer wieder angepriesene Halten der Kulturquote ist ein kulturpolitisches Armutszeugnis. Damit hat die Kulturfinanzierung automatisch an den Einnahmeschwankungen des Landeshaushalts teil, ohne Rücksicht zu nehmen auf kulturpolitische Konzeptionen des Landes. Vor diesem Hintergrund sehen wir vielmehr die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Kulturfinanzierung.

Ungeachtet der fortbestehenden besonderen Finanzierungsverantwortung des Landes werden wir daher eine gleichmäßige Verteilung der kommunalen Kultur-

ausgaben durch Einführung einer Kulturraumfinanzierung, die sich am Sächsischen Modell orientiert, erreichen. Begleitend wollen wir die Kulturförderung der Städte und Gemeinden durch eine verstärkt zweckbezogene Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs stärken.

3. Die Kulturförderung aus dem Bereich der so genannten freiwilligen Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften heraus zu führen und sie damit zu stärken, ist eine wichtige Aufgabe in der kommenden Legislaturperiode. Allerdings bleibt die Festschreibung einer Pflichtaufgabe „Kultur“ für sich genommen weitgehend ohne Wert, da sie viel zu unbestimmt ist und weder Umfang noch Inhalt der kulturellen Aktivitäten sichert. Eine detaillierte Vorgabe, welche kulturellen Einrichtungen die jeweilige kommunale Gebietskörperschaft vorzuhalten haben, stellt andererseits einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.

Für uns Sozialdemokraten ist jenseits der Diskussion um die Pflichtaufgabe Kultur eine ausreichende Finanzausstattung eine wesentliche Bedingung für das kulturelle Engagement der Städte und Gemeinden. Hier ist der Kommunale Finanzausgleich (KFA) das wirksame Instrument. Wir wollen im Rahmen der vom Landesverfassungsgericht aufgezeigten rechtlichen Voraussetzungen wieder Finanzzuweisungen für kulturelle Zwecke in den KFA aufnehmen. Daneben ist es wichtig, bestimmte kulturelle Institutionen in den Kommunen und Landkreisen in ihrem Bestand abzusichern, um ein flächendeckendes Angebot auch in Zukunft zu ermöglichen. Hier sehen wir insbesondere für öffentliche Bibliotheken sowie Musik- und Kunstschulen Handlungsbedarf. Durch moderne Spartenetze, die auch ein Mindestangebot verpflichtend regeln, können wir dieses Ziel erreichen. Wir werden daher nicht nur ein Musik- und Kunstschulgesetz auf den Weg bringen, das Strukturvorgaben verbindlich regelt, sondern auch das Bibliotheksgesetz umfassend ändern, um den Einrichtungen einen finanzielle und institutionellen Entwicklungsrahmen gesetzlich abzusichern.

4. Das Projektmanagerprogramm ist aus der Not auslaufender Förderungen auf dem zweiten Arbeitsmarkt Ende der 1990er Jahre geboren. Seitdem wurde es nicht weiter entwickelt. Wir sehen die Projektmanager als die tragende Säule einer kontinuierlichen Kulturarbeit in den Vereinen und Verbänden an. Uns ist es daher ein wichtiges Anliegen, das Konzept der Projektmanager weiter zu entwickeln und vor allem die soziale Situation der Projektmanager zu verbessern. Das heißt zunächst, die Vergütung der Projektmanager auf ein den Aufgaben und der Qualifikation entsprechendes Niveau anzuheben. Zudem wollen wir das Modell stärker ausdifferenzieren und damit für mehr Adressaten als bisher öffnen. So sind die Bedürfnisse an die Dauer der Stellenfinanzierung ebenso unterschiedlich wie der Umfang der Projektarbeit in den Vereinen und Verbänden. Wir streben daher ein System an, das Projektmanager sowohl für einmalige Projekte finanziert wie auch mehrjährige Zuwendungszusagen im Rahmen etwa der von uns geplanten Konzeptionsförderung ermöglicht.

II. Landeskulturstiftung

Wir Sozialdemokraten sehen die Thüringer Kulturstiftung als das zentrale Instrument zur Förderung der Gegenwartskunst in Thüringen in allen Sparten. Eine kontinuierliche Aufstockung des Stiftungskapitals erlaubt für die Zukunft einen ständig erweiterten Handlungsspielraum für die Förderung der zeitgenössischen Kunst in Thüringen. Wir wollen aber nicht nur dafür sorgen, dass der Stiftung aus einem größeren Stiftungskapital höhere Erträge zur Verfügung stehen. Wir wollen zugleich die Wirksamkeit der Stiftung für die Künstlerinnen und Künstler erhöhen und nicht nur den künstlerischen Prozess über Stipendien fördern, sondern verstärkt dem Kunstwerk eine Wertschätzung zukommen lassen. Hier können wir uns eine deutliche Ausweitung des Ankaufsetats ebenso vorstellen wie die verstärkte Bereitstellung von Druckkostenzuschüsse. Damit können wir zugleich für künftige Generationen die Gegenwartskunst dokumentieren. In diesem Zusammenhang werden wir der Kulturstiftung auch die Möglichkeit eröffnen, verstärkt die Wahrnehmung der zeitgenössischen Kunst im öffentlichen Raum zu unterstützen.

III. Ehrenamt

Die wichtigste Unterstützung der Politik für ehrenamtliches Engagement in der Kultur ist eine Kulturpolitik, die den breiten gesellschaftlichen Wert der Kultur anerkennt und die Kultur auch ohne Rückgriff auf wirtschaftliche Legitimierung fördert. Eine sozialdemokratische Kulturpolitik wird daher im politischen Raum dafür sorgen, dass Kulturpolitik wieder ein positiv besetztes Politikfeld ist, das das Fundament einer freien, toleranten und gefestigten Zivilgesellschaft darstellt.

Ehrenamtliches Engagement ist für die Kultur von besonderer Bedeutung, da es die gesellschaftliche Verankerung von Kunst und Kultur stärkt und einen zivilgesellschaftlichen Gegenpart auch zur Kulturpolitik zu bilden vermag. Um das ehrenamtliche Engagement zu stärken, kommt es auch auf steuerrechtliche Rahmenbedingungen an. Hier werden wir Sozialdemokraten uns dafür einsetzen, dass Zuwendungen an Fördervereine und -stiftungen steuerrechtlich voll wirksam sind. Dabei wollen wir das Mäzenatentum gegenüber dem allein wirtschaftlichen Interessen folgenden Sponsoring stärken.

Die Abhängigkeiten der drei Sektoren: Öffentliche Kulturförderung, Zivilgesellschaftlicher Sektor und private Kulturwirtschaft sind nicht ausreichend erforscht, um tatsächlich Aussagen zu der Gefährdung der professionellen Kulturarbeit durch ehrenamtliche Tätigkeit treffen zu können. Hier sehen wir konkreten Handlungsbedarf, um durch einen wirklichen Kulturwirtschaftsbericht die Situation der Selbständigen und Beschäftigten im Kreativbereich zu untersuchen und damit auch eine Forderung der Enquete-Kommission Kultur des Deutschen Bundestages umzusetzen.

Was wir in jedem Fall verhindern werden, ist die weitere Verschiebung von professionellen Arbeitsplätzen in den Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit durch die bisherige auf Kostensenkung ausgerichtete Kulturpolitik. Kulturelle Arbeit darf nicht auf Selbstausbeutung der Kreativen beruhen.

IV. Förderung der verschiedenen kulturellen Bereiche

Bibliotheken

1. Wir Sozialdemokraten haben bereits im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bibliotheksgesetz die unzureichenden Regelungen zur Finanzausstattung insbesondere der öffentlichen Bibliotheken im Freistaat Thüringen kritisiert. Wir halten daran fest, dass es eine zentrale Aufgabe des Landesbibliotheksgesetzes ist, Bestand und Finanzierung der Bibliotheken gesetzlich zu sichern. Dabei sehen wir die Aufgabe des Landes vor allem darin, den Bibliotheken in der Bestandsaktualisierung und Bestandserweiterung zu unterstützen. Hier halten wir als Zielgröße für geeignet, einen jährlichen Betrag von 1 Euro je Einwohner zur Bestandserweiterung der Bibliotheken einzusetzen. Eine SPD geführte Landesregierung wird sich an einem solchen Modell finanziell beteiligen.
2. Im Rahmen der Diskussion um das Thüringer Bibliotheksgesetz haben wir als Änderungsantrag zum Gesetz die Regelung vorgeschlagen, eine flächendeckende Versorgung zu den öffentlichen Bibliotheken über einen individuellen Zugangsanspruch zu erreichen. Jedem Einwohner wollen wir den Zugang zu einer sachdienlich ausgestatteten öffentlichen Bibliothek in seiner Nähe ermöglichen. Damit stellen wir eine dauerhaft hohe Präsenz an öffentlichen Bibliotheken auch im ländlichen Raum sicher.
3. Bibliotheken sind als Bildungseinrichtungen nicht nur Orte, die einen Zugang zu Wissen ermöglichen. Sie vermitteln auch die Kompetenz, sich Wissen zu erschließen. Diese Kompetenz stellt gerade heute, da sich der Wissenstransfer in das Internet verlagert, eine Kernkompetenz emanzipierter Persönlichkeiten dar. Es ist deshalb im Rahmen der Schulbildung wichtig, Kinder frühzeitig in Kontakt mit Bibliotheken als Wissensorte zu bringen. Natürlich wäre es dabei optimal, wenn jede Schule auch eine Schulbibliothek vorhalten würde. Doch sind in der Praxis Schulbibliotheken bisher leider oft nur Räume mit Büchern. Dieses Problem kann zunächst durch den weiteren Ausbau der in vielen Orten schon erfolgreich initiierten Kooperation Bibliothek und Schule angegangen werden. Hier werden wir dem Thüringer Bibliotheksverband eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Konzepts anbieten.

Dabei ist es unser Ziel, gemeinsam mit dem Fachverband und der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken einerseits sowie den Schulämtern und kommunalen Trägern andererseits den Typus einer modernen Schulbibliothek zu entwickeln und als Selbstverständlichkeit in den schulischen Alltag zu integrieren. Damit wollen wir die Kompetenz der Kinder und Jugendlichen beim Umgang mit Wissensquellen ebenso stärken wie die Medienkompetenz.

Bildende Kunst

1. Wir Sozialdemokraten sehen die Verbindung „Kunst und Bauen“ als unbedingt förderungswürdig an. Gerade vor dem Hintergrund des auch demographisch bedingten Stadtumbaus bietet sich in diesem Bereich die Möglichkeit, zu einer Verbindung von Bauen und Kunst als Gestaltungsform im öffentlichen Raum zurück zu finden, der jahrhundertlang selbstverständlich war und dem wir unsere attraktiven historischen Stadträume verdanken. Dieser historischen Struktur behutsam aber selbstbewusst eigene zeitgenössische Akzente hinzuzufügen, ist uns Sozialdemokraten ein Anliegen. Wir treten daher für eine Wiederaufnahme der Förderung von Kunst und Bauen bei öffentlichen Baumaßnahmen ein.
2. Wir wollen insbesondere die Thüringer Kulturstiftung ausbauen zu einer Institution, die auch zum Ziel hat, durch Ankäufe zeitgenössischer Kunst einen Querschnitt der Gegenwartskunst im Freistaat zu dokumentieren. Mit dem Ankauf können wir zugleich die Künstler im Freistaat fördern, indem wir ihr Werk wertschätzen und nicht allein über Stipendien die bloße Tätigkeit absichern. Dabei verkennen wir nicht, dass der Wert bildender Kunst wesentlich vom Galerieverkauf geprägt wird. Für die Wertschätzung ist daneben aber auch die Präsenz in öffentlichen Sammlungen von großer Bedeutung. Hier hat das Land Handlungsmöglichkeiten. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird diese nutzen und einen Landesfonds schaffen, der den Museen im Freistaat die Erweiterung ihrer Sammlungen im Bereich der Gegenwartskunst ermöglicht. Damit diese Kunst auch öffentlich dargestellt werden kann, wird eine SPD-geführte Landesregierung auch die Einrichtung von Räumen zur angemessenen Präsentation zeitgenössischer Kunst unterstützen, etwa das neue Kunstmuseum in Gera mit seinen einzigartigen räumlichen Möglichkeiten.
3. Für die Förderung der bildenden Künstler in Thüringen, Ausstellungshonorare für öffentliche Ausstellungen zu erhalten, haben wir großes Verständnis. Problematisch wird eine solche Honorarzahlung, wenn sie im Gegenzug dazu führt, dass die Zahl der öffentlichen Ausstellungen aufgrund der steigenden Kosten erheblich zurückgeht. Hier sehen wir noch Gesprächsbedarf zu den Vor- und Nachteilen eines solchen Ausstellungshonorars, so dass wir an dieser Stelle keine verbindlichen Zusagen machen können. Den Erhalt kommunaler Galerien und bürgerschaftlich getragener Kunsthäuser in den Kommunen halten wir schon deshalb für eine wichtige Aufgabe der Kulturpolitik, da diese Einrichtungen in vielen Regionen Thüringens häufig die einzigen Orte sind, in denen Künstler ihre Werke öffentlich präsentieren und damit am Kunstmarkt teilhaben können. Wir werden darüber hinaus Projekte und Initiativen unterstützen, die zeitgenössische Kunst verstärkt im öffentlichen Raum präsent machen wollen und dabei auch Landesbehörden anhalten, den Kunst Raum zu geben.

Literatur

1. Leseförderung ist für uns allein schon durch den staatlichen Bildungsauftrag motiviert. Hier wollen wir gerade in den Lehrplänen der allgemeinbildenden Schulen Platz schaffen für die Möglichkeit, die jungen Menschen neugierig zu machen auf einen Bildungserwerb durch Lektüre und ihnen den Wert zu vermitteln, einen Text als Diskurs nutzbar zu machen.

Ein Buch entsteht nicht über Nacht. Wir Sozialdemokraten werden daher Autoren in Thüringen auch künftig mit Arbeitsstipendien unterstützen. Wichtig ist uns aber auch, dass die Ergebnisse des Schaffens eine öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Dazu werden wir Autorenlesungen in erheblich größerem Umfang als bisher unterstützen, gerade auch in Verbindung mit Schulen und Universitäten, aber auch über die Thüringer Kulturstiftung Druckkostenzuschüsse gewähren, um einen Markteintritt für literarische Werke zu ermöglichen. Zudem werden wir das Projekt eines Verzeichnisses Thüringer Autoren als Präsentationsplattform unterstützen.

Autorenförderung ist für uns aber auch eine Sicherung der Urheberrechte für Autoren. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich daher dafür einsetzen, im Rahmen der Gesetzgebung zum geistigen Eigentum die Rechte der Autoren umfassend zu schützen, gerade auch im Hinblick auf Verletzungshandlungen im Internet, wie sie durch die Markteinführung der sog. E-books inzwischen erheblich zunehmen. Und auch die Buchpreisbindung halten wir für ein wirksames Instrument der Literaturförderung. Deshalb werden wir uns für deren Beibehaltung einsetzen.

2. Die Literarischen Vereine und Gesellschaften leisten nach unserer Einschätzung den entscheidenden Beitrag zur Vermittlung zeitgenössischer Literatur und zu deren Präsenz in der Öffentlichkeit. Sie bilden einen Bereich der zivilgesellschaftlichen Literaturförderung, den ein staatliches Handeln gar nicht adäquat ausfüllen könnte. Damit kommt ihnen die entscheidende Scharnierfunktion zwischen öffentlicher Kulturförderung und dem Künstler zu, der seinen Lebensunterhalt durch seine Werkschöpfung gestaltet. Es ist natürlich zunächst Aufgabe der Zivilgesellschaft, aus sich selbst heraus dieses gesellschaftliche Engagement zu erhöhen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Literarischen Vereine und Gesellschaften aber dabei unterstützen.
3. In Bezug auf die Projektmanagerstellen wird eine SPD-geführte Landesregierung zuerst dafür sorgen, dass die Vergütung der Projektmanager angehoben und deren zeitlicher Einsatz erweitert wird. Zudem werden wir das Programm weiter entwickeln hin zu einem Instrumentarium, das sowohl projekt- als auch konzeptionsbezogen wirkt und damit die Möglichkeit einer auf wenige Monate begrenzten Förderung ebenso umfasst wie eine auf einen mehrjährigen Zeitraum angelegte konzeptionelle Förderung, die auch eine professionelle Geschäftsführung für den Förderzeitraum ermöglicht. Damit kann zukünftig der Kreis der Begünstigten erheblich erweitert und eine passgenaue Förderung der Vereins- und Projektarbeit auch im Bereich der Literatur erreicht werden.

Museen

1. Im Bereich der Museen sehen wir ganz klar in zweierlei Hinsicht Handlungsbedarf: 1. im Hinblick auf die Personalausstattung und 2. im Hinblick auf Bestandserhalt und Erweiterung der Sammlungen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher den kommunalen Gebietskörperschaften als Träger der Museen im Freistaat in einem Sonderprogramm Mittel zur Bestandserhaltung und Restaurierung bereitstellen. Im Bereich des Personals sehen wir unbedingten Handlungsbedarf zur Beschäftigung junger Mitarbeiter, um die Altersstruktur in den Museen neu auszutarieren. In vielen Einrichtungen ist eine Arbeit nur noch durch Volontäre oder unbezahlte Praktika aufrecht zu erhalten. Hier wollen wir den kommunalen Gebietskörperschaften helfen, für neue Beschäftigungsverhältnisse sorgen zu können. Dabei sehen wir neben direkten Fördermöglichkeiten die Neuausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs und die Einrichtung von Kulturräumen, die die Trägerschaft regional bedeutsamer Museen übernehmen, als wichtige Schritte zur Stärkung der Thüringer Museen.
2. siehe 1.)
3. Um Museen als Orte der Bildung zu stärken, wird eine SPD-geführte Landesregierung ein Förderprogramm zum Ausbau der Museumspädagogik einrichten. Ziel wird es sein, gemeinsam mit den Trägern der Museen dauerhaft Stellen für die Museumspädagogische Arbeit zu schaffen. Auch dabei brauchen natürlich begleitend die Schulen den Freiraum, die Angebote auch nutzen zu können. Hier sehen wir Handlungsbedarf im Rahmen der Lehrpläne, die Raum für den Wissenserwerb aus der Erfahrung und Anschauung eröffnen müssen. Zugleich erwarten wir von den Museen, dass sie Kindern und Jugendlichen einen ungehinderten und dabei auch kostenfreien Zugang ermöglichen.

Musik

1. Die wesentliche Voraussetzung frühkindlicher Musikbegegnung in Kindertagesstätten und Grundschulen ist gut ausgebildetes Personal in angemessener Anzahl. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb die Erzieherausbildung aufwerten und dabei auch das angemessene Beherrschen eines Instruments zum Ausbildungsinhalt machen. Musik erhält ihren Wert für Kinder durch die aktive Mitwirkung. Vor allen Instrumenten ist dabei das Singen ein wesentliches frühes Musikerlebnis. Durch eine angemessene Personalausstattung in den Kindertageeinrichtungen wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Musik in den Kitas nicht mehr aus der „Tonkonserve“ kommt.

Zudem wird eine SPD-geführte Landesregierung den Musikunterricht an den Grundschulen aufwerten. Wir werden ihn als eigenständiges Fach beibehalten und verstärkt ausgebildete Musikpädagogen in den Grundschulen einsetzen. Zudem werden wir lokale Initiativen unterstützen, die Kindern das Musizieren im Rahmen des Schulalltags ermöglichen, seien es nun Streicher-, Bläserklassen oder ähnliche Projekte. Hier sehen wir die Musikschulen als Partner und deren

flächendeckende Präsenz als unverzichtbar. Durch unser Ziel, die gemeinsame Schulzeit bis zur Klassenstufe 8 auszuweiten, können wir solchen Projekten auch eine Kontinuität für die jeweiligen Schüler verschaffen. Zugleich bereiten wir mit diesem Schulmodell die Voraussetzung dafür, dass junge Lehrer, auch Musiklehrer, in Thüringen ein attraktives Arbeitsumfeld vorfinden, da wir im Rahmen der Neuorganisation des Schulsystems auch die Lehrerausbildung ändern wollen.

2. Ein Musikschulgesetz für Thüringen ist für uns Sozialdemokraten ein zentrales kulturpolitisches Projekt der nächsten Legislaturperiode. Dabei wollen wir mit einem solchen Gesetz einen ordnungspolitischen Rahmen für die Förderung der Einrichtungen schaffen und zugleich deren flächendeckenden Bestand nachhaltig absichern. In einer verstärkten Kooperation zwischen Musikschulen und allgemeinbildenden Schulen sehen wir dabei die beste Möglichkeit, einen breiten Zugang zur musikalischen Bildung und Ausbildung zu gewährleisten. Gerade im Rahmen eines Ganztagschulkonzeptes ist es unerlässlich, die Leistungen der Musikschulen in den Schulalltag einzubeziehen, um den Schülern einen Zugang zu den Angeboten zu ermöglichen. Auf der anderen Seite kann dann auch solchen Schülern ein Zugang eröffnet werden, die über die Elternhäuser nicht erreicht werden können. Ziel eines Musikschulgesetzes wird es dabei auch sein, den gesetzlichen Rahmen für sozial ausdifferenzierte Benutzungsentgelte vorzugeben, um nicht über die Kursgebühren soziale Barrieren zu errichten.
3. Die Neue Musik ist eine Gattung, die noch immer Akzeptanzprobleme hat. Da staatliche Kulturförderung gerade auch den Auftrag hat, die Gattungsentwicklung jenseits des Marktes zu ermöglichen, sehen wir Sozialdemokraten einen klaren Auftrag des Staates zur Förderung der zeitgenössischen Musik. Dirigistische Eingriffe des Staates etwa durch Quotenregelungen halten wir dabei indes nicht für einen geeigneten Weg, zumal auch die künstlerische Freiheit der Orchester zu achten ist. Dennoch halten wir es für wichtig, die öffentliche Präsenz der zeitgenössischen Musik sicher zu stellen. Hier wollen wir der Thüringer Kulturstiftung die finanzielle Möglichkeit eröffnen, ihrem Anspruch als Förderer der zeitgenössischen Kunst auch in der Musik gerecht zu werden. Dabei sehen wir es auch im Bereich der Musik als zielführender an, statt nur den Entstehungsprozess eines Werkes durch ein Arbeitsstipendium zu fördern, die öffentliche Darbietung und den öffentlichen Zugang zum Werk zu gewährleisten.

Hier werden wir Mittel zur Verfügung stellen, aus denen die Aufführungen finanziert werden können. Auch Kompositionsaufträge halten wir für ein geeignetes Mittel. Zugleich werden wir Konzepte unterstützen, die eine Vermittlung zeitgenössischer Musik an den Thüringer Schulen zum Gegenstand haben, um das Erlebnis einer Musikdarbietung zu ermöglichen und Musik als eine besondere Gestaltungs- und Ausdrucksform für Kinder und Jugendliche erfahrbar zu machen. In diesem Zusammenhang ist es auch Ziel unserer Politik, die derzeit noch hohe Präsenz öffentlich geförderter Kulturorchester dauerhaft zu sichern.

Soziokultur

1. Die demographische Entwicklung stellt eine Herausforderung für die künftige Kulturpolitik dar. Dabei sind wir Sozialdemokraten der Meinung, dass eine Reduzierung des kulturellen Angebots die demographische Entwicklung zusätzlich negativ beeinflussen würde. Wir treten deshalb für einen Erhalt des kulturellen Angebots auch in der Fläche ein. Dazu wollen wir die Regionen durch die Einrichtung von Kulturräumen stärken und den Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs Mittel für die kulturelle Arbeit zur Verfügung stellen. Die Soziokultur besitzt für uns eine wichtige Bedeutung. Sie steht im besonderen Maße für den hohen gesellschaftlichen Wert, den staatliche Kulturförderung schafft. Denn in der Soziokultur treffen sich Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik unter dem Dach der Kultur.

Die Frage künftiger Kulturstrukturen in Thüringen werden wir gemeinsam mit den Akteuren und der Öffentlichkeit in einem Kulturentwicklungsplan für Thüringen beantworten. Dabei steht für uns Sozialdemokraten fest, dass Kulturpolitik nicht unter dem Primat der Haushaltspolitik steht, sondern der staatliche Kulturauftrag eine Konzeption für die Kulturförderung bedingt, die sich vor allem anderen an diesem staatlichen Auftrag ausrichtet.

2. Gerade im Bereich Soziokultur sehen wir die Möglichkeit, die staatlichen Zuwendungen dadurch zu erhöhen, dass die Etats weiterer von der Arbeit der soziokulturellen Zentren positiv tangierter Ministerien zusätzlich genutzt werden. Die Soziokultur ist ein wichtiger Bereich der präventiven Sozialpolitik. Eine adäquate Personalausstattung und eine angemessene Vergütung soll daher zusätzlich auch verstärkt aus dem Sozialetat finanziert werden. Dabei können wir auf die positive Tatsache aufbauen, dass die Mitarbeiter in den Soziokulturellen Zentren relativ jung sind.
Im Hinblick auf die Personalstruktur kommt es für uns darauf an, das inzwischen erfahrene Personal durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere der Vergütung, zu halten und die Zugang zu den Tätigkeitsfeldern in diesem Bereich für junge Menschen offen zu halten. Das ist für uns Sozialdemokraten schon deshalb für die Wirksamkeit der Zentren von großer Bedeutung, da die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die einen wesentlichen Teil der Aufgaben in den Soziokulturellen Zentren darstellt, auch junge Mitarbeiter erfordert. Hier nehmen wir die Empfehlung der Enquete-Kommission des Bundestags auf, die Zusammenarbeit zwischen diesen Zentren und den Hochschulen auszubauen. Wir Sozialdemokraten sehen die Soziokulturellen Zentren schließlich auch als Chance, einen generationenübergreifenden Dialog in den regionalen Räumen zu befördern, und werden schon deshalb die Aufgabe annehmen, für den Erhalt und den Ausbau dieser Zentren zu sorgen.
3. Für uns Sozialdemokraten ist Kulturpolitik ein Brückenthema, das die Bereiche Bildung, Soziales, Familien, aber auch Wirtschaft umfasst. Deshalb werden wir für die Kulturförderung auch die Einzeletats der anderen thematisch befassten Mi-

nisterien nutzen. Dazu werden wir in einer SPD-geführten Landesregierung der Kulturpolitik eine bedeutendere Rolle zukommen lassen und sie aus dem Nischendasein heraus in das Zentrum der Gesellschaftspolitik führen. Die Soziokulturellen Zentren sehen wir dabei als Erfahrungsorte von Kunst und Kultur, als Freiräume, in denen Persönlichkeitsbildung erprobt werden kann und die zudem ein niederschwelliges Angebot für den Zugang zu Kultur bieten. Wir Sozialdemokraten werden deshalb diese Zentren stärken.

Theater

1. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Kulturfinanzierung durch die Einrichtung von Kulturräumen auf eine neue, breitere Basis stellen. Damit können wir auch die Zuwendungen an die Thüringer Theater- und Orchester erhöhen. Wir Sozialdemokraten sehen die Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft als eine Eigenheit und einen besonderen Wert unseres Landes an und werden uns dafür einsetzen, diese Struktur leistungsfähig zu erhalten. Dazu werden wir nicht erst 2012 neue Finanzierungsvereinbarungen mit den Einrichtungen aushandeln, sondern bereits nach der Wahl gemeinsam mit den Theatern und Orchestern sowie deren Trägern den Finanzbedarf ermitteln und mehrjährige Zuwendungsvereinbarungen vorbereiten, die ab 2012 Planungssicherheit ermöglichen und künstlerische Freiraum gewähren.
2. Wir streben ein thüringenweites Tarifsysteem an, an dem alle Theater und Orchester im Freistaat teilhaben. Zudem will die SPD eine Angleichung der unterschiedlichen Tarifsysteme in den Spielstätten erreichen. Ungeachtet der fortbestehenden besonderen Finanzierungsverantwortung des Landes werden wir ferner eine gerechte Beteiligung aller kommunalen Gebietskörperschaften an der Finanzierung der jeweils regional bedeutsamen Theater und Orchester einführen und so zusätzliche Mittel für die Einrichtungen erschließen.
3. Wir Sozialdemokraten sehen die historisch gewachsene Theaterstruktur als eine Chance an. Diese einmalige Dichte von Theatern und Orchestern in einem eher ländlich und kleinstädtisch geprägten Raum repräsentiert in einmaliger Weise das Stadttheaterkonzept. Es wird daher ein Ziel sozialdemokratischer Politik sein, die noch vorhandene Struktur zu sichern und die Theater und Orchester als leistungsfähige Kultur- und Bildungsorte, als Diskurs- und Erlebnisräume zu erhalten.

Wir erkennen dabei auch an, dass Theater und Orchester ihre künstlerische Kraft aus dem eigenen Organismus beziehen. Theater sind keine Wirtschaftsunternehmen, die beliebig fusioniert und verschmolzen werden können. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher die Eigenständigkeit der Häuser achten und funktionierende Kooperationen unterstützen. Wir werden auch das Deutsche Nationaltheater und Staatskapelle Weimar als Thüringer Staatstheater dabei unterstützen, seine überregionale Strahlkraft und Bedeutung auszubauen, ohne dass dies zu Lasten der regional verankerten weiteren Theater und Orchester im Land geht.